

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/040(VII)/24			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 15.03.2024	Ratssaal	15:00 Uhr	19:15 Uhr

Leitung: Oberbürgermeisterin Frau Simone Borris
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschriften vom 26.01.2024, 15.02.2024 und 04.03.2024 - öffentlicher Teil
- 4 Einwohner*innenfragestunde
- 5 Beschlussvorlagen und Informationen
 - 5.1 KGE Kommunalgrund Grundstücksbeschaffungs- und Erschließungsgesellschaft mbH DS0027/24
BE: Oberbürgermeisterin
 - 5.2 Brandschutz- und Katastrophenschutzbedarfsplan der DS0018/24
Landeshauptstadt Magdeburg
BE: Beigeordneter für Personal, Bürgerservice und Ordnung

5.3	Frauenförder- und Gleichstellungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg 2024 - 2026 BE: Beigeordneter für Personal, Bürgerservice und Ordnung	DS0056/24
5.4	Information Bürgerversammlung Neue Neustadt BE: Beigeordneter für Personal, Bürgerservice und Ordnung	I0023/24
6	Anträge	
6.1	Werben für das Ehrenamt Fraktion FDP/Tierschutzpartei WV vom 26.01.2024	A0226/23
6.1.1	Werben für das Ehrenamt BE: Oberbürgermeisterin	S0560/23
6.2	Beteiligungsstrukturen und Eigenbetriebe der Stadt Magdeburg müssen für effizienterer und kostengünstigere Strukturen auf den Prüfstand CDU-Ratsfraktion	A0288/23
6.2.1	Beteiligungsstrukturen und Eigenbetriebe der Stadt Magdeburg müssen für effizienterer und kostengünstigere Strukturen auf den Prüfstand BE: Oberbürgermeisterin	S0004/24
6.3	Haushalt 2024 - Zusammenlegung von GISE und AQB SPD-Stadtratsfraktion	DS0446/23/73
6.3.1	Haushalt 2024 - Zusammenlegung von GISE und AQB BE: Oberbürgermeisterin	S0007/24
6.4	Stadtratsfreundliche Terminplanung Fraktion DIE LINKE	A0274/23
6.4.1	Stadtratsfreundliche Terminplanung BE: Oberbürgermeisterin	S0017/24
6.5	Schulung leitender städt. Angestellter* in Fragen des Sitzungsmanagements Fraktion DIE LINKE	A0007/24
6.5.1	Schulung leitender städtischer Angestellter* in Fragen des Sitzungsmanagements Fraktion GRÜNE/future!	A0007/24/1
6.5.2	Schulung leitender städt. Angestellter* in Fragen des Sitzungsmanagements BE: Oberbürgermeisterin	S0093/24

6.6	Magdeburg respektiert die deutsche Rechtschreibung – keine „Gender-Sprache“ in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern CDU-Ratsfraktion WV vom 26.01.2024	A0239/23
6.6.1	Magdeburg respektiert die deutsche Rechtschreibung – keine „Gender-Sprache“ in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern BE: Beigeordneter für Personal, Bürgerservice und Ordnung	S0501/23
6.7	Mitgliedschaften der LH Magdeburg Fraktion DIE LINKE	A0282/23
6.7.1	Mitgliedschaften der LH Magdeburg BE: Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit	S0001/24
6.8	Aufnahme der Beimssiedlung in das UNESCO-Welterbe Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0224/23
6.8.1	Aufnahme der Beimssiedlung in das UNESCO-Welterbe BE: Bürgermeisterin	S0021/24
7	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Simone Borris

Mitglieder des Gremiums

René Hempel

Kornelia Keune

Hagen Kohl

Ronny Kumpf

Olaf Meister

Oliver Müller

Kathrin Natho

Frank Schuster

Wigbert Schwenke

Dr. Thomas Wiebe

Roland Zander

Vertreter

Burkhard Moll

i.V.f. SR'in Schumann

Geschäftsführung

Andrea Behne

Verwaltung

Dr. Anne Ignatuschtschenko

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Carola Schumann

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Oberbürgermeisterin Frau Borris eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Änderungen zur Tagesordnung:

TOP 5.2. - DS0018/24 – Brandschutz- und Katastrophenschutzbedarfsplan der LH MD – wird bis zur nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses **vertagt**.

TOP 6.1. – A0226/23 – Werben für das Ehrenamt – wird auf Wunsch der Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, **vertagt**.

TOP 6.8. – A0224/23 – Aufnahme der Beimssiedlung in das UNESCO-Welterbe – wird von der einbringenden Fraktion **zurückgezogen**.

TOP 10. Der Geschäftsführer-Dienstvertrag FMG wird **zurückgezogen**.

Die so geänderte Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses **bestätigt**.

3. Genehmigung der Niederschriften vom 26.01.2024, 15.02.2024 und 04.03.2024 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 26. 01. 2024 – öffentlicher Teil – wird mit 12 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimmen und ohne Enthaltungen genehmigt.

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 15. 02. 2024 – öffentlicher Teil – wird mit 10 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 04. 03. 2024 – öffentlicher Teil – wird mit 10 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

4. Einwohner*innenfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind keine Einwohner*innen anwesend.

5. Beschlussvorlagen und Informationen

- 5.1. KGE Kommunalgrund Grundstücksbeschaffungs- und Erschließungsgesellschaft mbH
Vorlage: DS0027/24
-

Zu diesem Tagesordnungspunkt besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimmen und ohne Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0027/24 in seiner Sitzung am 04. 04. 2024 zu beschließen.

- 5.2. Brandschutz- und Katastrophenschutzbedarfsplan der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0018/24
-

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

- 5.3. Frauenförder- und Gleichstellungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg 2024 - 2026
Vorlage: DS0056/24
-

In seinen erläuternden Ausführungen zur Drucksache merkt der Beigeordnete für Personal, Bürgerservice und Ordnung Herr Krug an, dass in der Verwaltung der Frauenanteil bei über 50 % liegt. Insbesondere macht er darauf aufmerksam, dass bei den Führungsgremien in den Qualifikationsstufen 3 und 4 keine absolute Gleichstellung erreicht ist. Aus Sicht der Gleichstellung der Frauen gibt es in der Stadtverwaltung zwei Bereiche, die problematisch wirken. Zum einen ist das das Amt 37 und zum anderen der Ingenieurbereich im Dezernat für Umwelt und Stadtentwicklung. Herr Krug führt aus, dass in diesen Bereichen für eine Änderung entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. So wird z.B. bei gleicher Eignung die Frau eingestellt und bei Berufsmessen diese Berufsgruppen dem weiblichen Geschlecht entsprechend beworben. Insgesamt kann festgestellt werden, dass in Sachen Gleichstellung die Landeshauptstadt gegenüber anderen Arbeitsgebern weit voraus ist.

Auf Nachfrage des Stadtrates Hempel, Fraktion DIE LINKE, welche Maßnahmen ergriffen werden, um bei bestimmten Hotspots den Frauenanteil zu erhöhen, verweist der Beigeordnete Herr Krug darauf, dass der Plan auf zwei Jahre angelegt ist. Bei der Erstellung des nächsten Planes müsse geschaut werden, ob und wie Maßnahmen Erfolge gezeigt haben. Er macht darauf aufmerksam, jetzt an einem Punkt zu sein, an dem fast nicht ausgewählt werden kann, wer eingestellt wird, da es in bestimmten Bereichen schwierig sei, überhaupt Personal einstellen zu können.

Die zur Sitzung anwesende Gleichstellungsbeauftragte Frau Ponitka geht in ihren Ausführungen auf die von Stadtrat Hempel bezeichneten Hotspots ein und verweist darauf, dass sich diese auf Bereich Ausbildung und die Besetzung von Gremien beziehen. Sie führt aus, dass im Zusammenwirken mit den Dezernaten Girlsdays und Boysdays durchgeführt werden, um z.B. für eine Ausbildung zur Vermessungstechnikerin oder im Bäderbereich zu werden. Positiv sei zu werten das hier ein Zuwachs zu verzeichnen sei. Zudem habe sich auch der Frauenanteil in Führungspositionen in der Verwaltung positiv entwickelt.

Im Weiteren legt sie ihre Auffassung dar, darüber zu diskutieren, dass in den Gremien der städtischen Gesellschaften nicht nur die Geschäftsführer vertreten sind, sondern auch kompetente Stellvertreterinnen benannt werden.

Sie verweist darauf, dass über die Europäische Charta für Chancengleichheit diskutiert wird und entsprechende Maßnahmen vorgeschlagen werde.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, nimmt Bezug auf die prozentualen Angaben zu Gesamt- und Teilzeitbeschäftigung und bezeichnet es als auffällig, dass der Anteil Frauen in Teilzeit sehr hoch sei. Er wirft die Frage auf, welche Schlussfolgerungen hieraus gezogen werden.

Hierzu gibt der Beigeordnete Herr Krug den Hinweis, dass mit Anträgen auf Teilzeit sehr großzügig umgegangen wird und diese stets genehmigt werden.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, vertritt die Auffassung, dass bestimmte Rahmenbedingungen, wie z.B. Kinderbetreuungszeiten, dazu führen, dass gerade Frauen in Teilzeit arbeiten. Er sieht die Stadt in der Verantwortung, solche Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass auch eine Vollzeitstelle wahrgenommen werden kann.

Die Oberbürgermeisterin unterbreitet den Vorschlag, eine anonyme Befragung durchzuführen, aus welchen Gründen Teilzeit beansprucht wird.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 10 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0056/24 in seiner Sitzung am 04. 04. 2024 zu beschließen.

5.4. Information Bürgerversammlung Neue Neustadt Vorlage: I0023/24

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

6. Anträge

6.1. Werben für das Ehrenamt Vorlage: A0226/23

vertagt

- 6.2. Beteiligungsstrukturen und Eigenbetriebe der Stadt Magdeburg
 müssen für effizienterer und kostengünstigere Strukturen auf
 den Prüfstand
 Vorlage: A0288/23
-

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter der Stabsstelle Beteiligungsmanagement und –controlling Herr Koch teil.

Stadtrat Schwenke, CDU-Ratsfraktion, trifft die Feststellung, dass zum Anliegen des Antrages seitens der Verwaltung bereits gehandelt wird und entsprechende Abfragen bei den Eigenbetrieben und Gesellschaften erfolgen. Wenn die Ergebnisse vorliegen, könne gesehen werden, ob positive Effekte erzielt werden können. Stadtrat Schwenke bittet um Zustimmung zum Antrag.

Ergänzend zur Stellungnahme führt die Oberbürgermeisterin aus, dass es Ansinnen der Verwaltung sei, strategisch zu prüfen, wie die Gesellschaften aufgestellt sind und welche Möglichkeiten der Zusammenführung es gibt. Sie verweist auf eine Prüfung des Landesrechnungshofes dahingehend, wie es sich in den kreisfreien Städten mit dem Beteiligungsmanagement verhält. Sie schätzt ein, dass sich hieraus Rückschlüsse für die perspektivische Tätigkeit im Bereich der Gesellschaftsbeteiligungen ergeben können.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, legt seine Auffassung dar, dass dem Antrag nicht zugestimmt werden kann, da dieser suggeriere, dass in den Eigenbetrieben und städtischen Gesellschaften noch Einsparpotenziale vorhanden sind. Für ihn müsse über Arbeitsfähigkeit und mögliche vorhandene Potenziale geredet werden.

Stadtrat Schwenke, CDU-Ratsfraktion, geht nochmals klarstellend auf das Anliegen des Antrages ein.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0288/23 in seiner Sitzung am 04. 04. 2024 zu beschließen.

- 6.2.1. Beteiligungsstrukturen und Eigenbetriebe der Stadt Magdeburg
 müssen für effizienterer und kostengünstigere Strukturen auf
 den Prüfstand
 Vorlage: S0004/24
-

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

- 6.3. Haushalt 2024 - Zusammenlegung von GISE und AQB
 Vorlage: DS0446/23/73
-

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter der Stabsstelle Beteiligungsmanagement und –controlling Herr Koch teil.

Stadtrat Dr. Wiebe, SPD-Stadtratsfraktion, macht erläuternde Ausführungen zum Anliegen des Antrages und bezeichnet es als lohnenswert, darüber nachzudenken, ob diese beiden Strukturen so noch gebraucht werden. Eingehend auf die Stellungnahme der Verwaltung sieht er kritisch, dass der Prozess einer möglichen Verschmelzung mehrere Jahre dauern soll.

Klarstellend zum Zeitraum des Prozesses macht die Oberbürgermeisterin darauf aufmerksam, dass zum einen steuerrechtliche Fragen zu klären sind und es muss zum anderen geprüft werden, unter welchen Rahmenbedingungen perspektivisch eine Verschmelzung erfolgen kann. D.h., es muss geprüft werden, wie ist der Beschäftigungsgrad, welche AGH-Maßnahmen wird es über das Jobcenter noch geben und wie kann man die Satzungszwecke zueinander führen. Als weitere Problemstellung verweist sie auf die Frage des Personals.

Stadtrat Schwenke, CDU-Ratsfraktion, erklärt in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verwaltungsrates, die Ablehnung des Antrages und begründet umfassend seine Auffassung.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, signalisiert ebenfalls die Ablehnung des Antrages durch seine Fraktion. Zur Thematik Gemeinnützigkeit sieht er nicht, dass eine Verschmelzung eine Lösung hierzu herbeiführt. Er verweist darauf, dass viele Bürger*innen sowohl in der AQB als auch in der GISE auf Minijobs angewiesen sind und sieht in einer Zusammenlegung das falsche Signal.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, kann der Grundannahme, dass sich die Arbeitslosenzahlen in den letzten Jahren positiv entwickelt haben, nicht folgen. Er wirft die Frage auf, woher das im Antrag benannte Einsparpotenzial kommen soll.

Die Oberbürgermeisterin stellt klar, dass es keine Aussagen hinsichtlich der Arbeitslosenzahlen gab. Sie habe vielmehr darauf hingewiesen, dass die Arbeitsgelegenheiten weniger werden. Es sei auch in den Jahresabschlüssen der Eigenbetriebe und Gesellschaften erkennbar, dass weniger Arbeitsgelegenheiten durch das Jobcenter finanziert wurden.

Hinsichtlich des Einsparpotenzials schätzt sie ein, dass dieses so wie beziffert nicht eintreten wird. Bevor nicht die Frage der Gemeinnützigkeit geklärt wurde, brauche auch keine weitere Prüfung erfolgen. Ein mögliches Einsparpotenzial könne nach ihrer Ansicht erreicht werden durch eine effektivere Gestaltung von Verwaltungsstrukturen. Sie verdeutlicht nochmals, dass, sollte jedoch festgestellt werden, dass eine Zusammenlegung aus steuerrechtlichen Fragen nicht möglich ist, sich die Thematik erledigt.

Stadtrat Meister, Fraktion GRÜNE/future!, äußert, sich eine Zusammenlegung vorstellen zu können. Er unterbreitet den Vorschlag, einen Änderungsantrag dahingehend einzubringen, dass dieser als Prüfauftrag formuliert wird. So soll nach „Die Oberbürgermeisterin wird gebeten,“ ergänzt werden „zu prüfen“.

Auf Nachfrage des Stadtrates Dr. Wiebe, SPD-Stadtratsfraktion hinsichtlich des Zeitraums bis zum Abschluss der Prüfung hinsichtlich der steuerrechtlichen Fragen führt die Oberbürgermeisterin aus, dies zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantworten zu können. Zunächst müsse die Antwort des Finanzamtes abgewartet werden.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und ohne Enthaltungen dem Stadtrat, den Änderungsantrag DS0446/23/73/1 in seiner Sitzung am 04. 04. 2024 zu beschließen.

Hinweis: Die Änderung wird als Änderungsantrag des Verwaltungsausschusses dem Stadtrat am 04. 04. 2024 vorgelegt und lautet:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat zu beschließen:
(Änderungen/Ergänzungen **fett**)

Die Oberbürgermeisterin wird gebeten **zu prüfen**,

ob die Arbeitsfördermaßnahmen GISE und AQB zum nächstmöglichen Zeitpunkt ~~zusammenzulegen~~ **zusammengelegt** und Verwaltungsstrukturen ~~zu bündeln~~ **gebündelt werden können**. Die dadurch erwartete Minderbelastung von 920.000 € ist im Haushaltsplan zu berücksichtigen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und ohne Enthaltungen dem Stadtrat, den Änderungsantrag DS0446/23/73 unter Beachtung des Änderungsantrages DS0446/23/73/1 in seiner Sitzung am 04. 04. 2024 zu beschließen.

6.3.1. Haushalt 2024 - Zusammenlegung von GISE und AQB Vorlage: S0007/24

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.4. Stadtratsfreundliche Terminplanung Vorlage: A0274/23

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, macht erläuternde Ausführungen zum Hintergrund des Antrages und benennt beispielhaft die Terminierung für die Inbetriebnahme der barrierefreien Stadtteilbibliothek Reform morgens um 10.00 Uhr.

Die Oberbürgermeisterin verweist in ihren Ausführungen auf die vielen Sitzungen der Stadtratsausschüsse und auch der Aufsichtsratsgremien und den hierfür unterbreiteten Vorschlag die Sitzungstermine z.B. durch Zusammenlegung von Gremien effektiver zu gestalten. Hinsichtlich des von Stadtrat Müller benannten Termins gibt sie ihm Recht und versichert, hinsichtlich einer effektiveren Terminplanung weitere Bemühungen anzustellen.

Stadtrat Dr. Wiebe, SPD-Stadtratsfraktion, stellt klar, dass es hierbei in erster Linie um Pflichtveranstaltungen wie z.B. Aufsichtsratssitzungen geht. So sei es für berufstätige Mitglieder des Stadtrates oftmals schwierig, diese wahrzunehmen. Er legt seine persönliche Erfahrung dar, dass auf Grund dieser zeitlichen Probleme Stadträte lieber auf ihr Mandat verzichten wollen bzw. Personen erst gar nicht für das Ehrenamt kandidieren wollen.

Die Oberbürgermeisterin äußert, für jeden Vorschlag, der zu einer Verbesserung der Terminplanung führt, dankbar zu sein und kündigt an, demnächst den Vorschlag zur Zusammenlegung von Ausschüsse vorlegen zu wollen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, stellt klar, dass es im Antrag um öffentlichkeitswirksame Termin geht, wie der o.g. Termin und kritisiert, dass, obwohl der Termin hätte verändert werden können, seitens der Verantwortlichen an diesem festgehalten wurde. Im Weiteren macht er auf die Problematik aufmerksam, dass Aufsichtsratsgremien, der Jobcenter-Beirat oder der Sparkassenverwaltungsrat Termine auf Vormittagsstunden legen.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, verweist darauf, dass auch Termine, die nicht Pflichtveranstaltungen sind, für viele Mitglieder des Stadtrates wichtig seien, weil sie das Ergebnis ihres ehrenamtlichen Einsatzes sind, aber auf Grund deren Berufstätigkeit nicht wahrgenommen werden können.

Als wichtig bezeichnet er, die Terminplanung für Pflichtveranstaltungen zu optimieren und benennt als Beispiel die Vorbereitung der Sitzung des Stadtrates am 24. 01. 2024, für die der Antragsschluss bereits am 05. 01. 2024 und durch die Schließung des Rathauses über den Jahreswechsel für die Fraktionen keine Möglichkeit der Vorbereitung bestand.

Die Oberbürgermeisterin stellt klar, dass es keine offizielle Schließzeit des Rathauses gegeben habe und Mitarbeiter*innen sehr wohl in diesem Zeitraum ihrer Tätigkeit nachgingen.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenarbeit/Tierschutzallianz, zeigt sein Unverständnis über die geführte Diskussion. Er verweist darauf, dass den Fraktionen rechtzeitig die Terminplanung und zur Schließung des Rathauses zugegangen sind. Darauf hätte reagiert werden können. Er vertritt die Auffassung, dass, wenn das Ehrenamtsmandat angenommen wird, Termine auch wahrgenommen werden müssen. Wer dies nicht kann, sollte ein solches Mandat auch nicht annehmen.

Stadtrat Schwenke, CDU-Ratsfraktion, kann das Anliegen des Antrages verstehen, glaubt jedoch nicht, dass sich dieses Problem lösen lassen wird. Er signalisiert seine Enthaltung.

Stadträtin Natho, Fraktion GRÜNE/future!, legt dar, dass ihre Fraktion dem Antrag zustimmen wird. Sie vertritt die Auffassung, dass abgewogen werden muss, welche Termine wahrgenommen werden. Wenn ein Ehrenamtsmandat angenommen wird, muss man sich dessen bewusst sein.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0274/23 in seiner Sitzung am 04. 04. 2024 zu beschließen.

6.4.1. Stadtratsfreundliche Terminplanung Vorlage: S0017/24

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

- 6.5. Schulung leitender städt. Angestellter* in Fragen des Sitzungsmanagements
Vorlage: A0007/24
- 6.5.1. Schulung leitender städtischer Angestellter* in Fragen des Sitzungsmanagements
Vorlage: A0007/24/1
-

Zur Beratung liegt der Änderungsantrag A0007/24/1 der Fraktion GRÜNE/future! vor.

Stadtrat Meister, Fraktion GRÜNE/future!, bezeichnet in seinen erläuternden Ausführungen zum Änderungsantrag A0007/24/1 seiner Fraktion einige gewählte Formulierungen als zu harte persönliche Angriffe auf Mitarbeiterinnen. Er bittet darum, sachlich zu bleiben und das Eskalationspotenzial zu minimieren.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen dem Antrag des zur Sitzung anwesenden Stadtrates Stage, Fraktion GRÜNE/future! auf Erteilung des Rederechts zu.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, begründet die Erforderlichkeit des Antrages am Beispiel der Einladung zur kommenden Sitzung des Ausschusses StBV.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, begründet seine Auffassung, dass dem Änderungsantrag nicht zugestimmt werden kann und legt dar, dass die Begründung des Antrages keine Unwahrheit enthält.

Die Oberbürgermeisterin gibt den Hinweis, dass in nächster Zeit weitere Schulungen stattfinden werden.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, geht auf die Ausführungen des Stadtrates Meister, Fraktion GRÜNE/future!, ein und macht klarstellende Ausführungen zu den gewählten Formulierungen. Er legt seine Auffassung dar, dass der vorliegende Änderungsantrag A0007/24/1 nicht zulässig sei.

Hinweis: Stadtrat Moll, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, trifft zur Sitzung ein.

Stadtrat Dr. Wiebe, SPD-Stadtratsfraktion, vertritt die Auffassung zum Anliegen des Antrages, dass es sich hier um eine verwaltungsinterne Angelegenheit handelt, in die er sich nicht einmischen möchte. Er legt seinen Eindruck dar, dass die geschilderten Problemstellungen hauptsächlich den Kulturausschuss betreffen und bezeichnet die Begründung als grenzwertig. Eingehend auf die Ausführungen des Stadtrates Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, äußert Stadtrat Dr. Wiebe, dass dieser bestimmte Informationen öffentlich weitertragen würde.

Stadtrat Meister, Fraktion GRÜNE/future!, erklärt, dass er bei einer Ablehnung des Änderungsantrages auch den Antrag ablehnen wird und begründet, dass das Streichen der Begründung für ihn ein Signal sei, dass der Stadtrat sich den Text nicht zu eigen macht.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, äußert seinen Eindruck, dass die Zusammenarbeit der Verwaltung und des Stadtrates in den letzten Jahren nicht mehr auf Augenhöhe passiert und die Mitglieder des Stadtrates sich nicht mehr ernstgenommen fühlen. Er begründet dies mit den Beispielen einer Sitzung des Ausschuss FuG zum Sozialticket, in der der Vertreter der Verwaltung in keiner Weise aussagefähig war bzw. dass zu einem Antrag seiner Fraktion auch nach 2 ½ Jahren keine Stellungnahme vorgelegt wurde.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, wirft die Frage auf, wo geschrieben steht, dass Verwaltungsmitarbeiter*innen nicht namentlich benannt werden dürfen. Er bekräftigt, dass es nicht seine Absicht war, Jemanden zu kränken, sondern er dafür kämpfe, dass Stadtratsbeschlüsse umgesetzt werden.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, nimmt Bezug auf die Äußerung von Stadtrat Dr. Wiebe, SPD-Stadtratsfraktion, er wäre verantwortlich dafür, nichtöffentliche Angelegenheiten in die Öffentlichkeit zu tragen und verwahrt sich dagegen. Er kündigt an, in der nächsten Sitzung des Stadtrates hierzu eine persönliche Erklärung abzugeben.

Stadtrat Kumpf, Fraktion AfD, sieht den Antrag als Schritt in die richtige Richtung und merkt an, sich in den in der Diskussion benannten Beispielen wiedergefunden zu haben, da diese auch von ihm kritisch gesehen werden. Er benennt seinerseits Beispiele wie immer noch fehlende Stellungnahmen zu Anfragen seiner Fraktion oder bestehende Defizite bei Abstimmungsverfahren in Ausschusssitzungen. Stadtrat Kumpf signalisiert die Enthaltung.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0007/24/1 der Fraktion GRÜNE/future! in seiner Sitzung am 04. 04. 2024 nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0007/24 der Fraktion DIE LINKE in seiner Sitzung am 04. 04. 2024 nicht zu beschließen.

6.5.2. Schulung leitender städt. Angestellter* in Fragen des
Sitzungsmanagements
Vorlage: S0093/24

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.6. Magdeburg respektiert die deutsche Rechtschreibung – keine
„Gender-Sprache“ in der Kommunikation mit den Bürgerinnen
und Bürgern
Vorlage: A0239/23

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Personal, Bürgerservice und Ordnung Herr Krug teil.

Stadtrat Schwenke, CDU-Ratsfraktion, spricht seinen Dank für die Stellungnahme der Verwaltung aus. Er geht umfassend auf das Anliegen des Antrages ein und vertritt die Auffassung, dass eine gendergerechte Sprache gerade Menschen mit Migrationshintergrund oder bildungsfernen Familien das Erlernen der deutschen Sprache erschwert. Ziel des Antrages sei es, den Empfehlungen des Rates für deutsche Rechtschreibung zurückzukehren. Er bittet um Zustimmung.

Die zur Sitzung anwesende Gleichstellungsbeauftragte Frau Ponitka geht auf die Ausführungen des Stadtrates Schwenke, CDU-Ratsfraktion, ein und legt dar, dass mit einem Verzicht einer gendergerechten Schreibweise nur noch ein Geschlecht benannt werden würde. Mit Hinweis auf eine durchgeführte Befragung durch den MDR stimmt sie zu, dass die Thematik durchaus auch kritisch gesehen wird, macht aber auf den im Stadtrat gefassten entsprechenden Beschluss aufmerksam. Sie verdeutlicht nochmals, dass ohne eine gendergerechte Sprache nicht mehr

zwischen feminin und maskulin unterschieden wird. Sie bezeichnet den Vorschlag als gut, eine entsprechende Dienstanweisung zu entwerfen, die mehr Menschen gerecht wird.

In seinen Ausführungen verweist der Beigeordnete Herr Krug auf den Rat für deutsche Rechtsschreibung und zitiert aus dessen Statut, dass die erteilten Vorschläge für sämtliche staatlichen Stellen und Verwaltungen bindend sind. Entsprechend der Empfehlung des Rates ist somit die adjektivisch reflektierte Substantivierung erlaubt, die Verwendung z.B. des sogenannten Gender-Sternchens oder Unterstrichs nicht. Im Weiteren verweist er darauf, dass die entsprechende Dienstanweisung der Stadt besagt, dass der Duden anzuwenden ist. Dem gegenüber steht jedoch der Beschluss des Stadtrates. Er bittet darum, die bindenden Empfehlungen des Rates zu respektieren und somit grammatikalisch und rechtlich richtig zu gendern.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, legt seine Auffassung dar, dass die Kompetenzen des Rates nur empfehlend sind. Insbesondere macht er darauf aufmerksam, dass nahezu alle Anträge auf EU-Ebene die Anwendung der gendergerechten Sprache verlangen und bezeichnet es als absurd, mit einer Beschlussfassung zum Antrag diese verbieten zu wollen.

Der Beigeordnete Herr Krug stellt nochmals klar, dass die Vorschläge des Rates bindend sind und dieser nicht mit dem Münchner Verein gleichen Namens verwechselt werden soll.

Stadträtin Natho, Fraktion GRÜNE/future!, sieht es als bedenklich an, dass ein bereits gefasster Stadtratsbeschluss mit der Beschlussfassung zum vorliegenden Antrag wieder rückgängig gemacht werden soll. Sie erklärt die Ablehnung des Antrages durch ihre Fraktion und spricht sich dafür aus, bei der bisherigen Verfahrensweise zu bleiben.

Stadtrat Dr. Wiebe, SPD-Stadtratsfraktion, legt seine persönliche Meinung dar, dass die bestehende Rechtslage klar sei, die Empfehlungen des Rates für deutsche Rechtsschreibung sind bindend. Konsens bestehe für ihn auch, dass ein Großteil der Bevölkerung das Gendern ablehnt. Er merkt an, dem Antrag zustimmen zu wollen.

Stadtrat Kohl, Fraktion AfD, bekräftigt seine Auffassung, dass die Ablehnung einer gendergerechten Sprache sehr hoch sei und zur Kenntnis genommen werden sollte, dass diese Sprache niemanden aufgezwungen werden kann.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0239/23 der CDU-Ratsfraktion in seiner Sitzung am 04. 04. 2024 zu beschließen.

- 6.6.1. Magdeburg respektiert die deutsche Rechtschreibung – keine „Gender-Sprache“ in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern
Vorlage: S0501/23
-

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.7. Mitgliedschaften der LH Magdeburg
Vorlage: A0282/23

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Frau Stieger teil.

In seinen Ausführungen wirft Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE; die Frage bzgl. des Vereins Pro M auf, ob man hier tatsächlich noch Mitglied sein müsse. Aus seiner Sicht hat sich die Situation in den Jahren der Mitgliedschaft verändert, sodass für ihn fraglich sei, ob das Interesse an einer Mitgliedschaft immer noch besteht.

Hinsichtlich der Mitgliedschaft im Tourismusverband EBH stellt er die Frage, wie sich das Dasein des Verbandes begründet und welchen Mehrwert sich für die Landeshauptstadt ergibt.

In ihrer Beantwortung stellt die Beigeordnete Frau Stieger klar, dass die Landeshauptstadt und das Dezernat für Wirtschaft im Tourismus für Infrastruktur verantwortlich sind und nicht für das Marketing. Das touristische Marketing für die Landeshauptstadt erfolgt durch die MMKT. Sie verweist auf eine Absprache, wonach der Verein Pro M für das Binnenmarketing zuständig ist. Im Weiteren verweist sie auf das durch den Stadtrat bekräftigte Interesse an einer Mitgliedschaft im Verein, indem er die Stadt als Gründungsmitglied entsandt hat und gleichzeitig ist die Oberbürgermeisterin stetiges Mitglied. Insbesondere verweist sie darauf, dass es nicht darum gehe, Marketingaktionen durchzuführen, sondern um die Zusammenarbeit mit den Unternehmen am Standort.

Hinsichtlich des Tourismusverbandes EBH merkt sie an, dass hier nicht abgewogen werden sollte, ob die Stadt einen Nutzen aus der Mitgliedschaft zieht. Sie sieht in der Mitgliedschaft ein Signal, dass die Stadt auch etwas für die Region tut. Ein Austritt aus dem Verband würde auf Grund des dann wegfallenden hohen Beitrages dazu führen, dass der Verband nicht mehr existieren kann und die umgebenden Kommunen kein Marketing mehr für sich sehen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 2 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und ohne Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0282/23 der Fraktion DIE LINKE in seiner Sitzung am 04. 04. 2024 nicht zu beschließen.

6.7.1. Mitgliedschaften der LH Magdeburg
Vorlage: S0001/24

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6.8. Aufnahme der Beimssiedlung in das UNESCO-Welterbe
Vorlage: A0224/23

Der Antrag wurde durch die einbringende Fraktion **zurückgezogen**.

7. Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Simone Borris
Vorsitzende

Andrea Behne
Schriftführerin